

## Eine „Deutsche Republik“ in Sowjetrußland.

Die Zeitung „Segodnja“ schreibt: Wie man uns aus gut unterrichteter Quelle meldet, entspricht das Sowjetdekret über die Errichtung einer autonomen Verwaltung in der „Deutschen Arbeiterkommune“ an der Wolga durchaus den obwaltenden Verhältnissen. Schon seit 1918 besteht im Wolgagebiet eine „Föderative Deutsche Republik“ mit der Hauptstadt Ekaterinenstadt, jetzt in Marzstadt umgetauft, liegt im Gebiete des Gouvernements Samara und zählt 300 000 Einwohner, die sämtlich deutsche Kolonisten sind. Es herrschen normale Zustände, da die dort regierenden Sowjets nur dem Namen nach den

bolschewistischen gleichen. Man kann eher von einer nationalkommunistischen Verwaltung reden. Vor kurzem wurde eine Telefunkenstation eingerichtet: Telephon und elektrische Beleuchtung funktionieren tadellos; ebenso sind die Fabriken in vollem Betrieb. Mit den Bolschewisten steht die Republik im Tauschhandel. Von außen betrachtet, gleicht die „Deutsche Republik“ einer deutschen Provinz. In Marzstadt erscheint auch eine Zeitung unter dem Namen „Nachrichten des Gebietskomitees der Räte, des Gebietskomitees der Kommunisten und des Arbeitskomitees der Wolgadeutschen“.

### Freie Vereinigung

zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V.  
Sitz Hamburg.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg, Altrahnsfeld bei Hamburg, oder an den Schriftführer: Fritz Wolffheim, Hamburg, Hasselbrookstraße 16, I. Etg.

### An die Abonnenten des „Volkswart“!

Mit dieser Ausgabe erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.

Wir bitten deshalb alle Bezahler, die Abonnementsgebühr von M. 6.— für das kommende Quartal direkt an den Verlag zu senden, Abonnements durch die Post, kommen vorläufig nicht in Frage.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

### Redaktion u. Verlag des „Volkswart“.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinz Laufenberg, Altrahnsfeld.

Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.

Druck: Heinz Koch, Altrahnsfeld.

# Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und  
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Erste Ausgabe im Oktober

5

1921

### Inhalt:

Görlich.

Zwei Anfragen.

Kopfarbeiter in der Revolution.

Aus der Regierungspraxis der Sozialdemokratischen Partei.

Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.

Stimmen der Zeit.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint zweimal monatlich.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.

## Görlitz.

L. u. W. Der sozialdemokratische Parteitag von Görlitz fiel in eine mit elektrischer Spannung geladene Zeit. Die Hinrichtung Erzbergers hatte die regierenden Bonzenklingel aus ihrem fortwurfstenden Stumpfsinn und ihrer schmutzigg-pflichtigen Krähwinkelpolitik aufgeschreckt. Das alte Lassallesche gegen die Fürsten von 1848 gerichtete Wort: „Der Henker steht vor der Tür“, bekam für diese furchtbedenden Heldenseelen einen neuen Inhalt. Daher ihr klägliches Kreischen: „Die Republik ist in Gefahr“, daher ihr Aufruf an die Massen, auch mit geschwinderen Mitteln eine Opposition im Lande lahm zu legen, die, zwar völlig unfähig, die Monarchie in Deutschland wieder aufzurichten, immerhin als eine tatsächliche Bedrohung sozialdemokratischer Regierungsklüngel erschien. Das spartakistische Aufpeitschen der Furchtinstinkte der Massen, der schwächlichen Instinkte also, auf die eine elende Politik sich stützen kann, die freundliche Einladung, gewissen ihnen unbequemen Gegnern den Schädel einzuschlagen, brachte neben dem unabhängigen Sprößling der Sozialdemokratischen Partei die Wassermaischen Gestalten der Zentrale des früheren Spartakusbundes, der heutigen auchkommunistischen Partei, auf die Beine, die beglückt die herannahende „Einigung des Proletariats“ feststellten und sich bereit erklärten, die Führung zu übernehmen, was in der Praxis dann auch dergestalt geschah, daß spartakistische Haufen als Stoßtrupp überall da an die Spitze traten, wo das „geleitete Proletariat“ konterrevolutionäre Spiegelscheiben zerstückte und in bürgerlichen Versammlungen Frauen und Kindern die Köpfe blutig klopfte. So schien der „revolutionäre“ Auftakt gegeben, als die Tagesgrößen der S. P. D. sich in Görlitz zusammenfanden, um die in langjähriger Geschäftshuberei getätigte Politik auf eine neue programmatische Grundlage zu stellen.

Der Verlauf des Parteitages aber bewies, daß die Partei beherrschenden Sippschaften doch noch mehr können, als mit geschickter Regie melodramatische Kinabinskücker vom Stapel zu lassen. — Diejenigen Genossen, die eine Steigerung des Kampfes „zum Schutze der Republik“ erwarteten, saßen sich arg enttäuscht. Spartakus schlich leise weinend mit hängenden Ohren davon, und ein liebliches Säufeln von den honigsüßen Lippen der Herren Scheidemann und Dr.

Röster klang zur schwarz-weiß-roten Volkspartei und ihrem Protektor Stinnes hinüber. Die Bonzenchaften hatten draußen im Lande nur ein wenig Theater gespielt; sie wünschten das Donnergeröll im Lande, das sie entseßelt hatten, nur als Kartoffeltrollen hinter der Bühne aufzufassen, piffen ihre politischen Stalisten und lungernden Kaufbolde zurück und proklamierten die Einheitsfront von Stinnes bis Scheidemann. Mit ihrem Vorgehen, das ihnen grundsätzlich die Koalition mit der schwarz-weiß-roten Volkspartei durch den Willen der Partei legitimieren sollte, überfielen sie aus dem Hinterhalt die Mitgliedschaften im Lande, die sie soeben zum Entscheidungskampf gegen die schwarz-weiß-roten Farben aufgerufen hatten. Daß sie auch hier wieder alter, lieber Gewohnheit gemäß, ein infames Doppelspiel trieben, daß sie damit alle diejenigen ihrer eigenen Parteigenossen, die sich auf ihren Aufruf hin zu Gewalttätigkeiten gegen Bürgerliche hatten mißbrauchen lassen, durch schamlosen Treubruch richtiger Verfolgung preisgaben, kann für eine Bande von Buschkleppern der Revolution nichts weiter bedeuten, nachdem sie seit dem ersten Tage der Unterfütterung der Kaiserlichen Regierung den niedrigsten Treubruch an allen begangen haben, die sich seitdem jemals mit ihnen einließen. Gleichwohl blieb raffinierter Gaukelei in der Vorstandsleitung zum Trotz eine beträchtliche Opposition gegen die endgültige Verschreibung an Stinnes bemerkbar. Und nenngleich die bürgerliche Presse mit einem Freudenheul das jüngste sozialdemokratische Canossa begrüßte, ist Herr Stinnes und seine Kohorte durchaus nicht geneigt, sich der über die Folgen ihres eigenen Massenaufgebotes erschrockenen Helden, die sich vor der drohenden Linksschwenkung der Massen unter seinen Fittichen in Sicherheit bringen wollen, so ohne weiteres in Gnaden anzunehmen oder sich gar mit ihnen an einen Regierungstisch zu setzen. Er verlangt gewisse Garantien für sozialdemokratisches Wohlverhalten und weiß im übrigen sehr genau, was er von einer Rotte von Menschen, die an der Wurzel der deutschen Sache nagen, alles verlangen kann, wenn sie es mit Leichtigkeit fertigbringen, einen schwarz-weiß-roten Müller dem Massenjorn zum Opfer zu bringen, die anderen schwarz-weiß-roten Müller aber in

Verbindung mit den Leuten ihm für seine Presse und als Verbindungsmann zur Verfügung zu stellen.

Was im übrigen das sogenannte Programm betrifft, so lohnt es sich wahrhaftig nicht, über dieses Sammelsurium wichtigsterischer Albernheiten und asterdemokratischer Gemeinplätze ein ernsthaftes Wort zu verlieren. Gemug, daß dieses Produkt sozialdemokratischer Promiscuität mit nicht zu ermittelnder Waterschaft endgültig und grundsätzlich die Volksbewaffnung ablehnt, womit es sich in puncto Revolution, Sozialismus, Demokratie und Nation genügend gekennzeichnet hat. Die Sozialdemokratie ist seit Görlitz in ihrer inneren Politik der gelehrtige Pudel eines jeden Herrn, der sich herabläßt, sie mit Zuckerbrot und Peitsche in den rechten Trab zu bringen. In der äußeren Politik aber hat sie mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Volksbewaffnung ihren Willen zum grundsätzlichen und permanenten Landesverrat programmatisch derartig aufällig festgelegt, daß man versucht ist, an das Wort des alten mazedonischen Königs zu denken, demzufolge ein mit Gold beladener Esel die stärksten Mauern, und also auch die stärkste Tugend, überwindet.

Der gerissene Zweck der Koalitionsresolution ist offensichtlich der, daß die Partei beabsichtigt, als Jünglein an der Wage sowohl nach links, als auch nach rechts die Einheitsfront immer dann herzustellen zu können, wenn die Interessen der Parteiherrn dies erfordern. Die innere Einigkeit mit der auchkommunistischen Partei vor der Öffentlichkeit zu vertreten, fehlt ihr der moralische Mut. Obwohl sich das offizielle Liebeswerben nach links auf die U. S. P. beschränkt, ist tatsächlich auch mit der kommunistischen Partei die Einheitsfront gegeben, und sie wird immer dann wirksam, wenn es den Parteiherrn gefällt, die Denkle der Massenregung zu öffnen, um entfesselte Massenenergien gegen rechts als Schreckmittel bereit zu halten, ganz abgesehen davon, daß in verschiedenen Einzelstaaten die sozialistischen Regierer nur von der Gnade der kommunistischen Partei leben, die, wesenverwandt wie sie sich mit ihnen fühlt, ihnen grundsätzlich die nötige Unterstützung zuteil werden läßt. Wenn also trotzdem die Sozialdemokratische Partei das offene Eingeständnis des Zusammengehens mit Spartakus scheut, so kann dies nur darin seinen Grund haben, daß sie sich der Gefahr der spartakistischen Politik für die Existenz der ganzen Gesellschaft wohl bewußt ist, und daß also der letzte Aufruf des Bundes der Kommunisten so weit wenigstens seine Wirkung getan hat, ob-

gleich dieser Peitsche nicht die Kraft innewohnte, den sozialdemokratischen Pudel in den richtigen Trab zu bringen, weil beim Bunde der Kommunisten nicht das nötige Zuckerbrot zu erben ist.

Aus alledem geht das Eine klar hervor: Bei einer offenen Koalition aller sozialistischen Parteien gleitet die Politik rettungslos in spartakistische Gewässer. Daß aber auch bei einer Koalition nach rechts jedenfalls nicht bei der Sozialdemokratie die Führung liegt, folgert aus der Aufnahme, die das sozialdemokratische Brunnengeschrei bei der Volkspartei gefunden hat. Als im November 1918 die Gewerkschaften ihre Arbeitsgemeinschaft mit den Herren der Industrie und der Finanz eröffneten, lag das politische Schwergewicht dieser Verbindung bei den Organen der Arbeiterschaft, nachdem soeben die Revolution den alten Staat zertrümmert hatte. Heute, nach der Wiederaufrichtung des zertrümmerten Staates durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, ist das Machtverhältnis umgekehrt. Im Rahmen des heutigen Staates und auf der Grundlage der heutigen Wirtschaftsverfassung liegt alle tatsächliche Macht bei Stinnes; die Sozialdemokratie erscheint als sein scheinsozialistisches Reklamebüro, durch Entfesselung der Massenkräfte tatsächliche Macht für sich in Anspruch zu nehmen, das bestehende Staatsgefüge erschüttert, das zu erhalten das gemeinsame Interesse des Herrn Stinnes und seiner sozialdemokratischen Stipendiaten ist.

Wie unter solchen Umständen eine neue Koalitionsregierung zustande kommen soll, die den allen Kontrahenten notwendigen Zustand der Ruhe, Ordnung und wirtschaftlichen Befundung garantiert, bleibt schmierhaft. Die Republik, die Herr Stinnes braucht, ist die schwarz-weiß-rote Scheinrepublik mit monarchischer Verwaltung und monarchischen Regierungsmethoden. Diese Republik bejahen, hieße aber für die Sozialdemokratie ihre eigene Existenz in der Regierung und Verwaltung verneinen. Daher sind bis jetzt alle Versuche, an Hand des Görlitzer Blankowechsels zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert. Dagegen hat der Görlitzer Beschluß sich als ein Teil jener Kraft erwiesen, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Er hat nämlich zu einer starken Erschütterung des Gefüges aller Parteien geführt und damit eine Konsolidierung der parlamentarischen Verhältnisse für die Zukunft in Frage gestellt. Von der U. S. P. bis zur Volkspartei geht heute durch alle Parteien ein scharfer Riß, weil immer die Linke die Linksanlehnung, die Rechte die Rechtsanlehnung zu forcieren versucht. Die außerhalb der Kombination stehenden

Parteien aber kommen parlamentarisch wenig in Betracht. Die Kommunistische Partei ist ein Trümmerhaufen, und die Deutschnationalen sind in ihren aktivsten Gruppen am Parlamentarismus überhaupt nicht interessiert. Die übermäßige

Gescheitheit der Böttiger Bonzentaktik bietet demnach alle Aussicht dafür, daß die um ihre Felle mit Recht sehr besorgten Kohgerber sie endgültig davonschwimmen sehen in einem Strudel, der sie selber mitverschlingt.

Es ist wohl möglich, daß nicht alle alles gleich gerne hören; aber dafür können wir zurzeit nicht sorgen, uns treibt die Not, und wir müssen eben sagen, was diese zu sagen gebietet. Wir ringen ums Leben; wollen sie, daß wir unsere Schritte abmessen, damit nicht etwa durch den erregten Staub irgend ein Staatskleid bestäubt werde? Wir gehen unter in den Fluten; sollen wir nicht um Hilfe rufen, damit nicht irgend ein schwachnerviger Nachbar erschreckt werde?

Handeln, handeln, das ist die Sache, was hilft uns das bloße Wissen?

Nicht bloßes Wissen, sondern nach deinem Wissen tun ist deine Bestimmung: so tönt es laut im Innersten meiner Seele, sobald ich nur einen Augenblick mich sammle und auf mich selbst merke. Nicht zum müßigen Beschauen und Betrachten deiner selbst, oder zum Brüten über andächtigen Empfindungen, — nein, zum Handeln bist du da: dein Handeln und allein dein Handeln bestimmt deinen Wert.

## Zwei Anfragen.

L. u. W. Das Reichsgericht hat die Steckbriefe erneuert, die sich gegen Rapp und Quetnig, Bauer, Ehrhardt und Trebitzsch-Lincoln richten. Alle diese Herrschaften befinden sich außer Landes und sind somit für die deutschen Behörden unerreikbaar. Sie werden verfolgt als Anführer im Rapp-Putsch und sind deshalb flüchtig.

Nicht flüchtig aber — Herr August Winnig, früher sozialdemokratischer Oberpräsident von Ostpreußen, der in stiller Behaglichkeit die Pension verzehrt, die ihm das deutsche Volk durch seine sozialdemokratischen Staatsorgane für seine Verdienste um das Vaterland bewilligt hat.

Auch Herr August Winnig war einer der Führer im Rapp-Putsch, für den erschwerend ins Gewicht fällt, daß er schon an den Vorbereitungen zum Putsch teilgenommen hat, und daß eben seine Mitwirkung mit dazu beitrug, den Herren Rapp und Quetnig das Gelingen des geplanten Putsches wahrscheinlich zu machen.

Wir fragen die Regierung: Genügt es, daß jemand jemals ihrem Bonzenklingel einverleibt gewesen ist, um ihn für alle Zeiten immun zu machen? Oder aus welchen sonstigen schwerwiegenden Gründen scheut sich die Regierung, das Verfahren gegen einen Mann zu eröffnen, zu dessen Ergreifung sie nicht den Apparat in Bewegung zu setzen braucht, der sich jetzt damit beschäftigt, die außer Landes gegangenen Rappisten zu ermitteln?

Daß das russische Volk verhungert, wird die spartakistische Presse nicht müde, täglich dem gesamten proletarischen Erdenrund vorzutragen mit der dringenden Bitte an die Proletarier aller Länder, von den kümmerlichen Einkünften, die die Proletarier durch ihre harte Arbeit erzielen, einen Teil an die Sammelstellen zur Linderung der russischen Not abzuführen.

Auf dem kommunistischen Spaltungsparteitag in Heidelberg im Sommer 1919 wurde festgestellt, daß die Kommunistische Partei fortlaufend viele Millionen als Unterstützung aus Rußland bezog, ohne daß die Empfänger dieses Geldes in der Lage waren, über den Verbleib der Millionen Rechenschaft abzulegen.

Auf den letzten Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands forderte ein Antrag proletarischer Mitglieder, daß die Partei sich von der Unterstützung durch russische Hilfgelder frei zu machen habe. Die Annahme des Antrages beweist, daß auch damals noch — trotz des Hungers des russischen Volkes — große Summen der Kommunistischen Partei Deutschlands aus Rußland zur Verfügung gestellt wurden.

Wir fragen die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands: Ist sie bereit, der Offenlichkeit Aufklärung zu geben, wie viele Millionen sie in derselben Zeit aus dem verhungerten Rußland empfing, in der sie mit den wehmütigsten Aufrufen und Episteln die Taten der Proletarier aller Länder schröpfte?

## Kopfarbeiter in der Revolution.

L. u. W. Die Revolution ist keine Partei-sache. Weil sie eine Aenderung des Klassencharakters der Gesellschaft zum Ziel hat, ist sie eine Angelegenheit, die die ganze Gesellschaft angeht. Ganz gleich, von welchem Teile der Gesellschaft eine revolutionäre Bewegung ihren Ausgang nimmt, die gesamte Gesellschaft wird in sie hineingerissen. Sämtliche Schichten bemerken früher oder später, daß auch ihre materielle Existenzgrundlage mit im Brennpunkte der revolutionären Entscheidungen steht. Hieraus erwächst für alle Gruppen die Pflicht, zu den revolutionären Ereignissen Stellung zu nehmen und sich in irgend einer Form in die kämpfenden Fronten einzugliedern.

Die proletarische Revolution nimmt für sich in Anspruch, endgültig mit jeder Klassenherrschaft aufzuräumen. Sollen die Klassen verschwinden, so ist dies nur dadurch möglich, daß alle realen Grundlagen zusammenbrechen, auf denen bis dahin sich Macht, Einfluß und Herrschaft einzelner Personen und Gruppen über die Massen des Volkes erheben konnten. In der vergehenden kapitalistischen Gesellschaft ist das Monopol an den Produktionsmitteln das Mittel der Klassenherrschaft gewesen. Gelangen die Produktionsmittel in den Gesamtbesitz des Volkes zurück, so werden dadurch die früheren Besitzer entwürzelt und in ihren Daseinsbedingungen mit den Massen des Volkes gleichgestellt. Und wenn die Vorbedingung für die Existenz der Massen die produktive Arbeitstätigkeit ist, so wird mit der Enteignung der Produktionsmittel die Arbeitstätigkeit aller Einzelnen zur Grundlage der gesamten Gesellschaft. Geschädigt durch den Prozeß der proletarischen Revolution wird deshalb nur, wer seine Existenz und die seiner Erben auf Privilegien und „erworbene Rechte“ aufzubauen wünscht. Mitbesitzer aber aller in den Besitz des Volkes überführten Wirtschaftsmittel wird jede Einzelpersonlichkeit im Volk, die sich durch ihre Arbeit das Mitverfügungsrecht über den Gemeinbesitz erwirbt.

Schon aus dieser rein sozialen Folge der proletarischen Revolution ergibt sich, daß die Kopfarbeiterschaft, die bisher gewohnt war, zum Bürgertum gezählt zu werden, keine Veranlassung hat, gegen die Revolution Partei zu ergreifen. Der Begriff des Bürgerturns ist ein politischer Begriff, der sich wandelt entsprechend den Aenderungen im Staatswesen selbst, und der mit der sozialen Schichtung innerhalb der Gesellschaft an sich nichts zu tun hat.

Nicht das „bürgerliche Bewußtsein“ also kann entscheidend sein für die Stellungnahme der Kopfarbeiterschaft in der Revolution, sondern die gesellschaftliche Funktion, die sie in der vergangenen und in der kommenden Gesellschaft auszuüben berufen ist. In der kapitalistischen Gesellschaft waren die Kopfarbeiter die bezahlten Lohnbediener derer, die zwar über die Produktionsmittel verfügten, nicht aber über die Spezialkenntnisse, die erforderlich waren, den Wirtschaftsprozess in Gang zu halten. Ueber ihrer „Bürgerlichkeit“ stand die Bourgeoisie, die Klasse der Geld- und Warenbesitzer, für die der Mensch nur dann gleichberechtigt war, wenn er über die Mittel verfügte, in großem Maßstabe andere in seinem Dienst arbeiten zu lassen. Die Arbeitstätigkeit selbst — auch die des in seinem Fach unerreichten Wissenschaftlers — war gesellschaftlich minder geachtet, so lange die Wertung der Begriffe einer Klasse überlassen blieb, die in der Lage war, jede Arbeitsfähigkeit und ihre Träger käuflich zu erwerben. Erst in einer kommunistischen Gesellschaft wird die Arbeit den Platz in der Welt haben, der ihr gebührt. Und daß in einer auf die Arbeit aller gegründeten Gesellschaft, die keine Sonderinteressen mehr kennt, die Arbeit des Spezialisten das Maß an gesellschaftlicher Anerkennung finden wird, das ihrem Nutzen für die gesamte Gesellschaft entspricht, ist klar.

Wenn die Kopfarbeiter heute noch vielfach dem proletarischen Klassenkampf mit Nichttrauen und Besorgnis gegenüberstehen, und wenn sie die Befürchtung hegen, daß eine Herrschaft der arbeitenden Klasse sich in erster Linie gegen sie selber wenden würde, so kommt in diesen Anschauungen nur die Stellung zum Ausdruck, die die Kopfarbeiterschaft bisher in ihrer großen Mehrheit dem Proletariat gegenüber eingenommen hat. So lange die Kopfarbeiter sich peinlich von den übrigen Arbeitermassen absonderten und es trotz der sozialen Gleichheit ihrer Klassenlage fast für eine Beleidigung ansahen, zur Arbeiterklasse gezählt zu werden, so lange wirkten sie auch gewöhnlich in allen Kämpfen der Arbeiterklasse als eine Hilfstruppe der Unternehmer — mit denen sie sich verbunden fühlten auf Grund von Illusionen, die die Unternehmerklasse in der Kopfarbeiterschaft zu erwecken und zu erhalten verstand.

Die Arbeiterklasse ist an sich eine unteilbare Einheit, die alle Schichten umfaßt, die produktive und gemeinnützige Tätigkeiten verrichten, ohne

von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer zu leben. Diese Einheit aber wendet sich gegen Teile, die das gemeinsame Interesse verletzen, mit der gleichen Energie, mit der eine Gesellschaft verpflichtet ist, gegen Schädlinge vorzugehen, die an ihren Existenzgrundlagen rütteln.

Daß das Zusammenwirken von Hand- und Kopfarbeiterkraft die unumgängliche Voraussetzung für den Bestand einer Wirtschaftsgemeinschaft ist, und daß der Begriff „Arbeiterklasse“ die Vereinigung beider Arbeitsgruppen in sich schließt, wird sofort sichtbar, wenn das Proletariat dazu übergeht, seine Herrschaft aufzurichten. Bis dahin unterdrückte Klasse einer kapitalistischen Gesellschaft, zählte es zu seinen Reihen nur diejenigen Schichten, die sich selbst als Proletariat zu bekennen pflegten. Gebunden an die ihm durch die Parteien vermittelte Ideologie, sah es in der Klassenbezeichnung „Proletariat“ auch nicht mehr als einen ideologischen Begriff. Teile des Proletariats gingen sogar so weit, an einer aufzurichtenden Proletariatsregierung nur den klassenbewußten oder revolutionären Teil des Proletariats mitwirken lassen zu wollen. Die engstirnigste Auffassung auf diesem Gebiete leisten sich interessanter Weise gerade diejenigen Maulhelden der sozialen Revolution, die für sich in Anspruch nehmen, der „reife“ Teil des Proletariats zu sein. Diese Maulhelden können nämlich die Herrschaft der Arbeiterklasse nur als eine Despotie ihres armeligen Parteiapparates begreifen, und gerade diese „revolutionären“ Marktschreier ihrer eigenen Nichtigkeit sind es, die durch den offensichtlichen Irrsinn ihrer Theorien wichtige Gruppen der Arbeiterklasse bisher davon abgehalten haben, sich in den revolutionären Befreiungskampf der Arbeit einzugliedern. So lange aber die Schichten mit der am meisten differenzierten Tätigkeit abseits stehen, oder gar sich den breiten Massen feindlich gegenüberstellen, würde dem Rest der Arbeiterklasse auch die errungene politische Macht nicht gestatten, an der bestehenden sozialen Gliederung viel zu ändern, ohne Gefahr zu laufen, daß die ganze Wirtschaft im Chaos versinkt. Der gesellschaftliche Ummäzungsprozeß, der die auf Kapital gegründete Klassengesellschaft ablöst durch die auf die Organisation der Arbeit gegründete Gesellschaft der freien Völker, vollzieht

sich nach seinen eigenen inneren Bewegungsgesetzen. Und zu diesen Gesetzen gehört die soziale Annäherung aller Arbeiterschichten an einander, die allerdings durch die gebundene Ideologie der einzelnen Schichten gehemmt und verzögert wird.

Erst durch den kapitalistischen Entwicklungsprozeß selbst wächst die Arbeiterklasse allmählich zur sozialen Einheit heran, und die Organisation dieser Einheit ist gleichbedeutend mit der Zerkümmern der kapitalistischen Reisen der Gesellschaft. Vor der Einheitsorganisation steht die Sammlung der verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach Parteien, deren Vielheit und gegenseitige Lahmlegung die beste Rückenbedeckung ist für eine schon in sich morsche Gesellschaft. Die Arbeitermassen aus der Ideologie und den Organisationen ihrer Parteien zu lösen, ist heute die wichtigste Aufgabe revolutionärer Propaganda. Und dabei stellt es sich sofort heraus, daß nicht nur in den sogenannten Arbeiterparteien, sondern in allen Parteien Schichten der arbeitenden Bevölkerung es sind, die die Massen der Mittgliebschaft und der Wähler ausmachen, durch deren Unterstellung unter interessierte Geldgeber und geschickte politische Drahtzieher es ermöglicht wird, daß fort und fort, wo immer innere Kämpfe entstehen, just diejenigen Schichten der Bevölkerung mit einander in Konflikt geraten, die an sich geeignet und berufen sind, gemeinsam zu marschieren gegen den gemeinsamen Feind.

Wie die Vorhut des sozial revolutionären Flügels der Arbeiterklasse aus diesen Gründen schon mit dem Parteiwesen gebrochen hat und sich schon heute grundsätzlich vom Standpunkt des einheitlichen Klasseninteresses, also des Volksinteresses, orientiert, so regt sich auch die Erkenntnis in den Reihen der Kopfarbeiterkraft. Die politische Lage Deutschlands beschleunigt in diesen Kreisen die Erkenntnis, daß der Kampf gegen das Kapital die einzige Möglichkeit in sich schließt, für eine zukünftige Freiheit des Volkes. Und je gründlicher und rückhaltloser sich der Zusammenschluß von Kopf- und Handarbeiterkraft vollzieht — sei es zunächst auch nur durch eine einheitliche Orientierung — um so leichter und schmerzloser werden die Geburtswunden der neuen Gesellschaft sein.

Du sehnst dich, weit hinaus zu wandern,  
Bereitest dich zu raschem Flug;  
Dir selbst sei treu und treu den andern,  
Dann ist die Enge weit genug.

## Aus der Regierungspraxis der Sozialdemokratischen Partei.

L. u. W. Das Regierungsorgan des Hamburger Senates, das „Echo“, das die ersten Nummern des „Volkswart“ totgeschwiegen hat, fühlt sich gedrungen, in Nr. 470 vom 8. Okt. sich mit dem Artikel: „Das Gebot der Stunde“ nach seiner Weise zu beschäftigen. Während es über die Zersplitterung der Arbeiterbewegung jammert, drückt es sein äußerstes Mißfallen darüber aus, daß unsere Politik auf die Sammlung aller wirklich revolutionären und aller wirklich nationalen Gruppen im Volk zum entscheidenden Stoß gegen den gemeinsamen Feind hinausläuft: Gegen die regierenden Parteiklüngele, gegen das raff- und machtgerige Bonzentum der Parteien, gegen die Schieber, Gauner und Spekulanten, gegen den Sumpf der parlamentarischen Demokratie, gegen die Agenten und Kommissionen des Völkerbundes in Deutschland und in den besetzten Gebieten. Es mißfällt ihm sehr, daß aufgerufen wird zum förderativen Zusammenschluß auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Lande und Gaue für die endgültige Einheit und Freiheit aller deutschen Länder. Es erbot sich, daß wir die Zeit für gekommen halten, wo die informatische Führungsnahme der revolutionären und nationalen Gruppen links und rechts nicht mehr genügt, wo ihr planmäßiges Zusammenwirken zum Gebot der Stunde werde. Besonders hat es ihm in dem Artikel: „Was ist Putzschismus?“ der Nachweis angetan, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei spartakistisch geworden ist, daß ihr regierender Klüngele auf den Bürgerkrieg hinarbeitet, und daß dieser Bürgerkrieg, der ein Mittel konterrevolutionärer Politik sei, nur durch den allgemeinen Aufstand des Volkes gegen die Regierung im Sinne der Revolution beendet werden könne.

Es lohnt sich nicht, auf die verständlichen Magenkrämpfe, die der „Volkswart“ den Echoherren verursacht, näher einzugehen. Es genügt festzustellen, daß ein ganz dummes Bonze den Echoartikel verdorren hat, der im gleichen Atemzuge konstatiert, daß wir Gegner des Bürgerkrieges sind, und unterstellt, daß wir an der Spitze der Fascisten das nationalsozialistische Himmelreich errichten wollen.

Etwas anderes aber ist es, wenn derselbe dumme Bonze in dem gleichen Artikel täppisch aus der Schule plaudert, um zu verraten, wie die regierenden Klüngele der Sozial-

demokratischen Partei, die nach der Demokratisierung der Verwaltung brüllen, sich die Ausübung ihrer Pflichten in Staatsbehörden vorstellen. Daß sie alle staatlichen Behörden, in denen sie sitzen, als persönliche Domänen betrachten, die sie nach Laune und Willkür zu verwalten haben, verrät dieses Bönzchen, indem es uns unterzieht, wir „ten, weil es uns schlecht, ja man könne sagen, jezt schlecht ginge, und wir uns hätten um Verdienst bemühen müssen, uns nicht gecheut, „gehorsamst“ den regierenden Parteiklüngele, das raff- und machtgerige Bonzentum, den Sumpf der parlamentarischen Demokratie in Anspruch zu nehmen.

Was ist die Wahrheit? Wir befinden uns in der Tat nicht in der Lage der Revolutionshyänen, Gauner und Schieber mit samt ihrem Anhang von sozialdemokratischen Bonzen, die kaiserliche Betten beschlagnahmten, kaiserliche Möbel „kauften“, kaiserliche Wein Keller erwarben, sich selbst in kaiserliche Schlösser und andere Regierungspaläste plazierten, und die eben hierin den Sinn der Revolution sahen. Wir befinden uns im Gegenteil in genau der gleichen Lage, in der wir uns vor der Revolution und vor dem Kriege befanden, in der Lage von Kopfarbeitern, die gezwungen sind, von der Verwertung ihrer Arbeitskraft zu leben, wenn sie nicht verhungern wollen. Wie jeder anständige Mensch in Deutschland leiden auch wir unter den Folgen des Friedens von Versailles, dem Kohlenabkommen von Spaa, dem Finanzdiktat von London und all den anderen Bergewallungen des deutschen Volkes, deren Wirkungen nur die nicht zu spüren haben, deren Gewissen und Geldbeutel weit genug geöffnet war, um es profitabler zu finden, diese Lasten dem deutschen Volke zur Erfüllung aufzuerlegen, in dem sicheren Berufshin, daß sie unter dem Schutze des Völkerbundes und seiner Raubkommissionen die Rolle der Maden im Speck würden spielen dürfen.

Zur Arbeitsvermittlung für alle Kopf- und Handarbeiter besteht in Hamburg das Arbeitsamt als Staatsbehörde. An diese staatliche Institution haben wir uns mit dem Ersuchen gewandt, uns irgend welche Tätigkeit zu vermitteln, da wir auf Grund unserer Tätigkeit in der revolutionären Bewegung nicht in der Lage seien, durch eigene Bemühungen Beschäftigung

zu finden. Die Folge war, daß einem von uns — Wolffheim — die Stellung als Hilfschreiber an der Hamburger Feuerkasse zugewiesen wurde, eine Stellung die sofort angetreten wurde, weil wir zum Ausdruck zu bringen wünschten, daß wir bereit seien, jede Arbeit zu übernehmen, die uns von der staatlichen Behörde, deren Aufgabe die Arbeitsvermittlung ist, zugewiesen würde. Wie im übrigen in der Angelegenheit Laufenberg unser „gehorsamster“ Antrag wirkte, darüber gibt der mit dem Arbeitsamt gepflogene Briefwechsel Auskunft, den wir zum Abdruck bringen, weil die Öffentlichkeit in Hamburg ein Recht darauf hat, den wirklichen Sachverhalt kennen zu lernen, nachdem das „Echo“ die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Hamburg-Ultrasiedt, d. 17. Juni 1921.

An das  
Arbeitsamt in Hamburg  
z. Hd. des Herrn Direktor Hülfmeier.

Werte Genossen!

Hiermit gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß es mir als freier Schriftsteller, gelernter Kaufmann und Doktor der Philosophie auf Grund meiner Tätigkeit in der revolutionären Bewegung nicht möglich ist, durch eigene Bemühungen irgend eine Beschäftigung zu finden. Ich richte deshalb an Sie die Anfrage, ob Sie gewillt sind, mir eine Beschäftigung zu vermitteln, die mir das Existenzminimum garantiert.

Ich gestatte mir, Ihnen in die Erinnerung zurückzurufen, daß ich nach der vollzogenen Revolution im November 1918 in Hamburg als Beauftragter der drei sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftskartells zum Ersten Vorsitzenden des Großen Hamburger Arbeiterrates und damit zum Staatschef des revolutionären Staates Hamburg bestimmt wurde. Diese Stellung habe ich rund drei Monate ehrenamtlich gegen Aufwandsentschädigung innegehabt, ohne bei meinem freiwilligen Rücktritt im Februar 1919 auf eine staatliche Anstellung bedacht zu sein. Seit jener Zeit habe ich im Dienste der revolutionären Bewegung gestanden und zwar seit dem Juli vorigen Jahres ohne jedes Arbeitseinkommen. Auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse bin ich jetzt darauf angewiesen, das Arbeitsamt zum Zweck der Vermittlung einer Beschäftigung in Anspruch zu nehmen. Wenn zahlreiche durch die Revolution abgehalfterte Offiziere in der sozialistischen Republik durch das Arbeitsamt in Stellungen vermittelt worden sind, so glaube auch ich erwarten zu dürfen, daß mir durch das Arbeitsamt eine Tätigkeit zugewiesen wird, die

mir in dieser Republik wenigstens das Existenzminimum gewährleistet.

Mit sozialistischem Gruß  
Dr. Heinz Laufenberg.

Ultrasiedt, d. 23. 7. 21.

An das  
Arbeitsamt  
z. Hd. des Herrn Direktor Hülfmeier  
Hamburg.

Werte Genossen!

Vor nunmehr sechs Wochen teilte ich Ihnen mit, daß es mir wegen meiner Tätigkeit in der revolutionären Bewegung nicht möglich ist, eine Beschäftigung zu finden, und ersuchte Sie, mir eine Arbeit zuzuwiesen. Ich bin erstaunt, zu bemerken, daß Sie bisher weder den Versuch einer Arbeitsvermittlung unternommen, noch überhaupt auf mein Schreiben eine Antwort erteilt haben.

Ich habe mich an Sie gewandt, weil Sie eine für die Zwecke der Arbeitsvermittlung eingesezte staatliche Behörde sind, zu deren Pflichten es gehört, in Fällen wie dem meinigen einzugreifen. In meinem Schreiben war darauf hingewiesen, daß meine Arbeitslosigkeit bereits über ein Jahr dauert und daß ich in Anbetracht meiner wirtschaftlichen Verhältnisse auf einen Erwerb angewiesen bin, daß eine lange Verzögerung mithin nicht am Platze ist. Es wird wohl kein unbilliges Verlangen sein, wenn der frühere Chef des revolutionären Staates Hamburg mit seiner Familie das gleiche Recht auf Existenz beansprucht, das dieser Staat konterrevolutionären Offizieren gewährleistete, und wie die Behörde für Arbeitsvermittlung zahlreichen Mitgliedern der S. P. D. ein Unterkommen verschaffen konnte, wird sie auch in der Lage sein, dem Ersten Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates eine Beschäftigung zuzuwiesen, wenn sie dazu den ernstlichen Willen hat.

Ich gestatte mir daher, mein Ersuchen dringend in Erinnerung zu bringen.

Mit sozialistischem Gruß  
Dr. Heinz Laufenberg.

Hamburg, den 1. August 1921.

Herrn:  
Dr. Heinrich Laufenberg,

Alt-Rahlstedt,  
Udolfstr.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Im Besitze ihres letzten Schreibens vom 23. 7. teile ich Ihnen mit, daß ich seit dem

Empfang Ihres ersten Schreibens unablässig bemüht bin, für Sie eine geeignete Stellung, die Ihnen das Existenzminimum sichert, zu beschaffen. Wenn dies bislang nicht möglich war, so ist dies nicht mangelnder guter Wille, vielmehr ist es zurückzuführen auf die außerordentliche schlechte Lage des gesamten Arbeitsmarktes. Eine Tatsache, die Ihnen ja nicht unbekannt ist. Ich werde versuchen, für Sie, ebenso wie es bei Wolffheim geschah, alles mögliche zu tun.

Mit bestem Gruß  
Hülfmeier.

Hamburg, den 7. September 1921.

An den  
Herrn Direktor des Arbeitsamtes  
Hamburg.

Wie mir von privater Seite mitgeteilt worden ist, wird die Frage einer Arbeitsbeschaffung für mich in nächster Zeit eine Deputationsfrage der Bürgerschaft beschäftigen. Da in Besprechungen zu dieser Angelegenheit von sozialdemokratischer Seite auf den Abbruch der Arbeiten an der Parteigeschichte hingewiesen worden ist, bringe ich Ihnen die folgenden Tatsachen zur Kenntnis:

Im vergangenen Sommer forderte mich der Landesvorstand Hamburg der S. P. D. auf, den genauen Termin anzugeben, bis wann die Arbeiten für die Parteigeschichte beendet sein würden. Da ich mich auf einer Vortragsreise befand, beantwortete meine Frau das Schreiben dahin, daß ich zur Zeit nicht erreichbar sei. Etwa acht Tage später ging ein Schreiben des Landesvorstandes ein, mit der Mitteilung, daß die Gehaltszahlung am nächsten Ersten gesperrt und auch für die Folge keine Gehaltszahlung erfolgen würde, bis die verlangte Erklärung vorlege. Die Gehaltssperre trat am 1. Juli in Kraft, noch bevor ich von der Reise zurückgekehrt war.

Ich brauche Ihnen als den Direktor des Hamburger Arbeitsamtes, als dem Leiter einer sozialen Behörde also, nicht auseinander zu setzen, daß mit dem vom Landesvorstand beliebigen Verfahren des Arbeitsverhältnisses einseitig aufgelöst war — und zwar unter Anwendung von Methoden, die vor der Revolution in sogenannten scharfmacherischen Unternehmerkreisen gang und gäbe gewesen sein mögen. Wenn ich darauf verzichtete, meinerseits die Gerichte anzurufen um der Unternehmerwillkür gegenüber mein Rechte als Lohnarbeiter zu wahren so geschah dies aus folgenden Gründen:

1.) Gegen das, was die Instanzen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Demokratie und Sozialismus verstehen, führe ich seit vielen Jahren einen erbitterten politischen Kampf, und ich hatte kein Interesse daran, die soziale Praxis dieser Instanzen vor einem bürgerlichen Gericht zur Debatte oder zur Entscheidung zu stellen.

2.) Die Bezahlung für die von mir verlangte und aufgewendete Arbeitskraft war derart, daß mir materiell an einer Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nichts gelegen sein konnte. Ich bezog zuletzt, also im Juni 1920, Mark 860 im Monat, wovon ich die Kosten für sämtliche Materialien und eine Schreibhilfe, sowie Arbeitsraum, Licht und Heizung zu bezahlen hatte. Ich will es Ihnen als dem Leiter einer staatlichen Behörde ersparen, Sie vor die Frage zu stellen, wie Sie einen Unternehmer qualifizieren würden, der sich erdreistete, gegenüber einem beliebigen Lohnarbeiter eine derartige Bezahlung als angemessen zu bezeichnen. Ein einfacher Vergleich mit den vom Staat für die heutigen Inhaber leitender Stellen aufgewendeten Mitteln zeigt, daß die heute regierenden Parteien, wo Sie aus öffentlichen Mitteln wirtschaften und wo ihre eigenen Parteiangehörigen in Frage kommen, weit entfernt davon sind, das Durchschnittseinkommen eines einfachen Lohnarbeiters hinter dem meine Bezahlung weit zurückstehen — zum Maßstab der notwendigen Besoldung zu nehmen.

Gegenüber den Ziffern, mit denen in der Presse der Sozialdemokratischen Partei operiert wurde, stelle ich fest, daß ich für eine 12-jährige Tätigkeit unter Abzug der für Schreibhilfe von mir aufgewendeten bezw. für Schreibhilfe von der Partei festgesetzten Beträge in runder Summe Mark 50 000 erhalten habe, wovon ich während der ganzen Zeit Arbeitsraum, Materialien, Buchanschaffungen, Licht und Heizung selbst zu zahlen hatte.\*)

Zum Unterchiede von den Herren innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, die es verstanden, während ihrer öffentlichen Tätigkeit ein Vermögen zu erwerben, stelle ich fest, daß meine ganze Arbeitstätigkeit auf der obengenannten Grundlage nur dadurch möglich gewesen ist, daß ich ein mir vor Jahren zugefallenes Erbe bis zum letzten Pfennig zugelegt habe.

Als der Leiter einer staatlichen sozialen Behörde werden Sie nicht verfehlen, mir darin

\*) Abgesehen von kleinern Arbeiten und meiner Tätigkeit beim Aufbau und Ausbau des Arbeiterbildungswesens und der Hamburger Arbeiterbibliothek, verfaßte ich folgende Schriften, deren wissenschaftlicher Wert f. B. allseitig anerkannt worden ist: Hamburg und sein Sozialismus im 16. Jahrhundert, Hamburg und die französische Revolution, Der politische Streit (Internationales), Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung (2 Bände).

zustimmen, daß die Sozialdemokratische Partei den größten Wert darauf legen müßte, daß die hier Ihnen von mir unterbreiteten Tatsachen von einer unparteiischen Kommission im Namen der Öffentlichkeit nachgeprüft werden, sofern die Sozialdemokratische Partei glaubt, einem von Ihnen pflichtgemäß unternommenen Versuche der Arbeitsvermittlung mit Einwänden begegnen zu sollen, die sie aus meiner Tätigkeit für die Partei ableitet.

Wie weit Ihre pflichtgemäßen Bemühungen um Arbeitsbeschaffung für mich gediehen sind, ist mir nicht bekannt. Auch weiß ich nicht, wie von der Behörde meine Leistungsfähigkeit eingeschätzt wird, nachdem die Fähigkeiten meines Mitarbeiters, des Herrn Wolffheim, gerade für genügend erachtet wurden, um ihn für die Stellung eines Hilfschreibers bei der Hamburger Feuerkasse für geeignet erscheinen zu lassen. Jedenfalls gestatte ich mir, Ihnen ganz offiziell Kenntnis davon zugeben, daß meine Substanzmittel in sehr kurzer Zeit erschöpft sein werden, und daß, wenn die Behörde glaubt, aus parteipolitischen Gründen erfolgenden Einwendungen Rechnung tragen zu sollen, sie nicht von mir

erwarten wird, daß ich mich ohne Protest der Kategorie der Überflüssigen einreihen lasse. Mit vorzüglicher Hochachtung Dr. Heint. Laufenberg.

Auf dieses Schreiben vom 7. September ist bis heute, das heißt, bis zum 8. Oktober eine Antwort nicht erteilt. Eine Ueberweisung von Beschäftigung ist gleichfalls nicht erfolgt.

Wenn das „Hamburger Echo“ sich erdreistet, diesen offiziellen Schriftwechsel mit einer Staatsbehörde als ein persönliches Bittgesuch an die Bonzenchaft der Sozialdemokratischen Partei zu behandeln, so ist daraus ersichtlich, wie es die Tätigkeit seiner Parteigenossen in staatlichen Stellungen aufgefaßt wissen will.

Die Auslassung des „Echo“ zeigt, wie tief die regierenden Klänge dieser Partei gesunken sind. Sie ist ein Kennzeichen schmutzigster Korruption, die es für selbstverständlich hält, daß alle staatlichen Institutionen zu privaten und zu Parteizwecken mißbraucht werden dürfen, sobald sie von Sozialdemokraten besetzt sind.

Jeder anständige Mensch, ganz gleich welcher Partei, weiß was er von diesem schmarozenden Gesichtser zu halten hat.

## Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.

L. Daß die gesellschaftlichen Zustände unhaltbar geworden und der Versuch, die durch Krieg und Revolution zerschlagene alte Ordnung wieder zusammenzukitten, völlig Schiffbruch gelitten hat, ist eine Erkenntnis, die sich allen Volkskreisen aufdrängt, welche nicht an unheilbarer parteibogmatischer Gehirnverkalkung leiden. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Kreise, die der parteipolitischen Schablone nach zur Linken gezählt zu werden pflegen, auch unter den Rechtsgruppen vermehrt sich zusehends die Zahl derer, die einer grundsätzlichen Umstellung und völligen Neuordnung auf wesentlich anderer Basis als bisher das Wort reden. Nun versteht es sich von selbst, daß Personen, die von Haus aus konservativen Anschauungen huldigten, sich auf revolutionäre Situationen nur unter Ueberwindung schwerer innerer Hemmungen einzustellen vermögen, und daß, wenn sie es tun, ihnen die Erkenntnis von der allgemeinen Notwendigkeit einer Umwälzung leichter wird als die Beteiligung an einer aktiv revolutionären Politik. Das Fußgewicht der Vergangenheit wirkt auf das Tun der Menschen noch stärker ein als auf ihr Denken, und die

Distanz zwischen Einsicht und Handeln, zwischen intellektuellem und politischem Vermögen, die daraus entsteht, macht sich bei den meisten lange bemerkbar. Sie tritt auch bei dem Verfasser der im letzten Heft dieser Zeitschrift veröffentlichten Abhandlung: „Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung“ in Erscheinung. Aus ihr erklärt es sich, wenn er hinsichtlich der Mittel, die er empfiehlt, tastende Zögerlichkeit an den Tag legt, während sich seine Argumentation, wenn auch noch uneben und unausgeglichen, in dialektischen und revolutionären Bahnen bewegt.

Wenden wir uns der Auseinandersetzung mit jener Abhandlung zu, so sollen Fragen untergeordneter Art unberücksichtigt bleiben und nur die Gesichtspunkte erörtert werden, die auf theoretische und politische Bedeutung Anspruch erheben dürfen.

Wie es einer noch heute auch in revolutionären Kreisen ziemlich weit verbreiteten Auffassung entspricht, hält der Verfasser die zwangsweise Einschränkung, die Drosselung des Verbrauchs der Besitzenden für ein wirksames Mittel, um die Produktivität der Wirtschaft zu steigern.

Wenn der Besitzende spare, meint er, also seinen Verbrauch einschränke, müsse das Ersparnis mit absoluter Notwendigkeit der Produktivität der Wirtschaft zugute kommen, da aus Ersparnissen allein neue Produktionsmittel und damit neue Arbeitsmöglichkeiten erwachsen. Nun kommt es bei revolutionären Maßnahmen nicht darauf an, daß sie auf Gange- und Gäbe-Urteile, die sich nur zu oft als Vorurteile entpuppen, zugeschnitten sind, sondern darauf, daß sie in der Linie des Notwendigen liegen und im Sinne einer kommunistischen Umstellung der Wirtschaft wirken. Die Frage, wo eine revolutionäre Wirtschaftspolitik einzusetzen hat, läßt sich nicht mit einem Schlagwort, sondern nur durch eine ernsthafteste Untersuchung lösen.

Einschränkung des Verbrauchs, Ersparnis auf großer Stufenleiter ist an geschichtlichen Wendepunkten wiederholt für das große Heilmittel der Gesellschaft ausgegeben worden. Auch die aufkommende Bourgeoisie tat es. Es waren die späteren Handelsherren des Abendlandes, die französischen Calvinisten und die englischen Puritaner, welche Drosselung des Konsums predigten, um statt, wie sie meinten, unnütz verzehrter Konsumtionsmittel Produktionsmittel zu erzeugen, weil nur so für alle Christenmenschen in würdiger Weise gesorgt und aus dem Jammerthal dieser Erde ein Reich des Friedens gemacht werden könne. Wenn ihre Predigt sich auch an alle Stände der feudalen Gesellschaft und darunter vorzugsweise an die Großen richtete, so sind doch just die breiten Schichten des Volkes, denen sie dienen wollten, bei der Durchführung jener in treffliche fromme Worte entwickelten Prozedur herzlich schlecht gefahren. Die Bauern mußten in Scharen die ererbte Scholle verlassen, fruchtbares Ackerland verwandelt sich in öde Schaftristen, das Handwerk verelendete und in den Städten drängten sich die verkommenen Massen eines Proletariats, welches frei war von allem Besitz und damit frei war für die schrankenlose Ausbeutung durch das Kapital, das sowohl durch die Plünderung fremder Erdteile wie durch die Vernichtung der Mittelschichten der feudalen Zeit zusammengerafft ward. Und das Sparen auf großer Stufenleiter, die Umsetzung von Konsumtionsmitteln in Produktionsmittel ist das Grundmotiv der kapitalistischen Ära geblieben, mag man dabei an ihre die Lebenshaltung der werktätigen Massen niederdrückenden Tendenzen, mag man dabei an die sich immer wiederholende Freistellung schaffender Hände durch Technik und Maschine denken.

Der Vorschlag des Verfassers läuft im Grunde genommen auf die einfache Umkehrung dieses Ver-

hältnisses hinaus. Wie in der Zeit des Kapitalismus die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit gesteigert wurde durch die stetig wiederkehrende Eindämmung des Verbrauches der Arbeiterklasse, so soll eine kommunistische Wirtschaft damit beginnen, sie in die Höhe zu treiben durch Drosselung des Konsums der Besitzenden. Daß die Revolution den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse aller Schichten und Berufe Rechnung tragen und dahin wirken muß, jedem, der arbeitet, eine sichere Existenz und eine menschenwürdige Lebensführung zu gewährleisten, daß sie dabei auch vor Eingriffen in das Eigentum derer, die zu viel haben, nicht zurückschrecken darf, sind platte Selbstverständlichkeiten, die sich jedoch nicht verwirklichen lassen durch einfache Umkehrung des zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Verhältnisses. Im Staate ist wenig verbessert, wohl aber vieles verschlechtert worden dadurch, daß an die Stelle der alten Fürsten der sozialdemokratische Fürstenerz trat. So würde auch in der Wirtschaft vieles unnütz zerstört werden, wenn die Arbeiterklasse eigene Bedürfnisse nicht durch Steigerung der Gesamterhaltung der Gesellschaft, sondern durch Beschränkung der Lebenshaltung und des Bedarfsseignens arbeitender Volkskreise befriedigen wollte. Revolutionen sind nirgendwo und nirgendwann einfache Umkehrungen des Bestehenden, sondern stets doppelte; sie negieren nicht nur das Alte, sondern auch seine einfache Negation. Die Revolution negiert die Fürsten und zugleich den sozialdemokratischen Fürstenerz, weil der Bonzenstaat so wenig ein Volksstaat ist wie es der Fürstenerz war. Sie negiert nicht nur die kapitalistische, sondern jede Wirtschaftsform, die sich auf Entrechtung und gesellschaftliche Benachteiligung notwendiger schaffender Arbeit gründet, gleichgültig, ob der Bürger, ob der Lohnarbeiter sie verrichtet, weil sie die Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit unter Beseitigung der Klassen zum Ziele hat.

Der Verfasser erkennt, daß sich, abgesehen von der gemeinnützigen Verwendung von Luxuswohnungen und der Verteilung von gestapelten Konsumartikeln, am Ablauf des Wirtschaftsprozesses zunächst nichts ändern kann, da eine grundsätzlich verschiedene Wirtschaft bereits eine grundsätzlich verschieden organisierte Gesellschaft voraussetzt. In der Tat: die Revolution steht der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Totalität gegenüber; nicht Einzelercheinungen, sondern das Bewegungsgesetz und damit die Bewegung des Ganzen soll sie ändern. Die kapitalistische Wirtschaft, um deren Fortbestand es sich zunächst handelt, hat mit jeder gesellschaftlichen Wirtschaft das eine gemein, daß sie nicht nur eine Summe einzelner Wirtschaftsakte, sondern zu-

gleich einen laufenden Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion, der gesellschaftlichen Wiedervermehrung darstellt, der auf dem Austausch, der Verteilung der erwirtschafteten Güter beruht und kraft der Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft den einzelnen Wirtschaftsakt bedingt. Einen einzelnen Produktionsakt, einen einzelnen Produktionszweig, die Funktion einer oder mehrerer Personengruppen innerhalb der Gesamtwirtschaft mag man sich hinwegdenken können und dabei den Eindruck haben, daß sie sich ohne Schaden für das Ganze entbehren und ausschalten lassen. Inwiefern dies jedoch in Wirklichkeit zutrifft, hängt nicht von der Frage ab, was an und für sich nützlich und wünschenswert wäre, sondern ob es im Rahmen des Prozesses der Reproduktion, also der Gesamtverteilung der Güter möglich ist. Wer heute den Konsum der Besitzenden wahllos und willkürlich droffeln wollte, würde bald die gleiche Erfahrung machen wie die Bolschewiks, als sie die Funktionen der bürgerlichen Intelligenz im Rahmen der vorgefundenen russischen Verhältnisse für einen entbehrlichen Luxus ansahen. Der ganze Reproduktionsprozeß würde binnen kurzem in arge Verwirrung und in völlige Stockung geraten und damit das Leben der Gesellschaft, das auf dem Ablauf des Reproduktionsprozesses beruht, der Auflösung verfallen. So haben wir denn den vollendeten Gegensatz: eine kommunistische Wirtschaft setzt eine kommunistisch organisierte Gesellschaft voraus, und die Abwicklung des gesellschaftlichen Lebens verbietet eine Zerstörung des kapitalistisch organisierten Prozesses der Reproduktion. Wenn aber das Problem einen unlösbaren Widerspruch darstellt, wie will da das Proletariat zu einer kommunistischen Gesellschaft gelangen?

Gesellschaftliche Umstellungen sind teils Fragen der Macht, teils Fragen der Organisation. Die Machtfragen werden entschieden im politischen Kampfe der Klassen oder durch Revolutionen, wenn es sich um eine grundsätzliche Umprägung des gesellschaftlichen Rahmens handelt. Die Ausfüllung des neuen Rahmens ist dann Sache der Organisation. Und diese Organisation ist nicht nur angewiesen auf die vorhandenen Wirtschaftsmittel und Gesellschaftsfaktoren, sondern sie ist unmittelbar abhängig von der gegebenen Ordnung, von dem Prozeß der Produktion und Reproduktion ihres gesellschaftlichen Lebens, wenn anders sie nicht mit dem Rückfall ins Chaos beginnen will. Mit anderen Worten: das vorhin in theoretischer Form und damit in völliger Durchsichtigkeit gestellte Problem wäre unlösbar, wenn die Lösung nicht schon im Lebensprozeß der alten Gesellschaft

selber, im Prozeß ihrer Reproduktion, der die Totalität ihres Seins widerspiegelt, enthalten wäre.

Sehen wir uns den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Ordnung näher an. In Anlehnung an die Untersuchungen von Marx im dritten Bande seines „Kapital“ gestalten wir das Beispiel so einfach wie möglich, um es so klar wie möglich zu machen. Wie der Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit sich in Produktions- und Konsumtionsmitteln darstellt, teilen wir die gesellschaftliche Wirtschaft in die beiden Gruppen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln und nehmen an, daß alle Einzelwirtschaften, die für beide Produktionsgruppen wirken, wie Bauwesen, Transport, Kohlenförderung u. a., zwischen ihnen derart aufgeteilt sind, daß sie ausschließlich entweder in der einen oder der anderen Produktionsgruppe tätig sind. Das Kapital der Gesellschaft zerlegt sich nach der sozialistischen Theorie in einen konstanten und variablen Teil. Das konstante Kapital besteht aus sämtlichen Wirtschaftsmitteln, den Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen u. s. f., und heißt konstant, weil es im Produktionsprozeß seinen Wert auf das neue Produkt ganz — wie bei den Rohstoffen, oder teilweise — wie bei den Maschinen, überträgt, ohne daß seine Wertgröße sich dabei ändert. Variabes Kapital dagegen dient zur Bezahlung der Löhne und erhöht im Produktionsprozeß seinen Wert, weil es menschliche Arbeit in Bewegung setzt. Die Differenz zwischen dem durch das variable Kapital dargestellten Wert und dem im Produktionsprozeß geleisteten Arbeitsmenge bildet den Mehrwert, der sich im Mehrprodukt verkörpert. Es wird vorausgesetzt, daß die Produktionsphäre der Produktionsmittel mit der doppelten Kapitalmenge arbeitet wie die Produktionsphäre der Konsumtionsmittel sowie daß auf Grund der gleichen Mehrwertrate von 100% das erzielte Mehrprodukt, der Mehrwert, das Doppelte der vorausgesetzten Lohnmasse ausmacht. Das Schema der gesellschaftlichen Reproduktion wäre demnach das folgende:

Gruppe I (Produktion der Produktionsmittel)  
4000 c + 1000 v + 1000 m

Gruppe II (Produktion der Konsumtionsmittel)  
2000 c + 500 v + 500 m

Die Produktion der Konsumtionsmittel zerfällt in der kapitalistischen Wirtschaft in zwei Abteilungen, in die Produktion von Gegenständen des eigentlichen Bedarfs und von solchen des Luxus. Wir nehmen an, es wolle dabei das Verhältnis von 4:1 ob. Das Schema der Gruppe II gewinnt demnach dieses Aussehen:

Gruppe IIa  
(Produktion notwendiger Bedarfsgegenstände)  
1600 c + 400 v + 400 m  
Gruppe IIb (Produktion von Luxusmitteln)  
400 c + 100 v + 100 m

Um jede Kompliziertheit auszuschließen, nehmen wir an, daß am Ende der Produktionsperiode das gesamte Kapital der Gesellschaft sich in Waren verwandelt habe, so daß in Gruppe I nur noch Produktionsmittel in Warenform vorhanden sind, in Gruppe IIa nur noch notwendige Bedarfsstücke, in Gruppe IIb nur noch Luxusgegenstände. Ferner unterstellen wir, daß es sich um einfache Reproduktion, d. h. um eine Erneuerung der Wirtschaftsmittel handelt, bei der keine Kapitalakkumulation und demnach keine Erweiterung der Produktion stattfindet. Der gesamte Mehrwert wird vielmehr verzehrt und zwar werde er in allen Abteilungen gleichmäßig zu  $\frac{1}{3}$  in notwendigen Bedarfsgegenständen, zu  $\frac{1}{3}$  in Luxusartikeln konsumiert. Das Produktionschema gestaltet sich mithin wie folgt:

Gruppe I : 4000 c + 1000 v + (600 + 400) m  
Gruppe IIa: 1600 c + 400 v + (240 + 160) m  
Gruppe IIb: 400 c + 100 v + (60 + 40) m

Wie vollzieht sich nun der Ersatz des Kapitals in den einzelnen Abteilungen? Die 4000 c der Gruppe I dienen in dieser selbst zur Erneuerung der Betriebsmittel. Die 1000 v und 600 m der Gruppe I ersetzen das konstante Kapital der Gruppe IIa; 400 m der Gruppe I erneuern das konstante Kapital der Gruppe IIb. Die 400 v und ebenso 240 m der Gruppe IIa wechseln sich in derselben Gruppe aus. In ihrer Gruppe verbleiben auch die 40 m der Gruppe IIb, der auf die Kapitalisten dieser Gruppe entfallende Anteil an den Luxusgegenständen. Es sind übrig 100 v und 60 m der Gruppe IIb, die sich gegen die 160 m der Gruppe IIa austauschen, womit der Kreis der Reproduktion geschlossen ist.

Es erscheint die gesellschaftliche Reproduktion schon in ihrer einfachsten theoretischen Form als eine Summe höchst komplizierter Vorgänge. Da die Gruppen I und IIa unmittelbar für den Lebensbedarf aller arbeiten, müssen hier ernsthafte und langwierige Stockungen sich als Erschütterung der Existenzgrundlagen der Gesamtheit bemerkbar machen, von zerstörenden Eingriffen garnicht zu reden. Die kommunistische Umstellung der Wirtschaft, eine Veränderung des Produktionscharakters wird sonach bei der Gruppe IIb, bei der Luxusproduktion beginnen müssen und zwar unter steter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Produkte dieser Gruppe

zundächst notwendig sind, um den Austausch der Produkte der Gruppen I und IIa zu vollziehen, daß mithin auch hier nicht nach Laune und Willkür, sondern nur nach Maßgabe des im Rahmen des ganzen Reproduktionsprozesses Möglichen verfahren werden kann.

Es wurde vorhin gesagt, daß die Lösung des scheinbar unlösbaren Problems im Prozeß der kapitalistischen Reproduktion enthalten sei. Der Beweis für diese Behauptung liegt in dem Kreislauf der Reproduktion selbst. Es bedarf nur einer kleinen und auf den ersten Blick unscheinbaren Abänderung, um das Reproduktionschema der kapitalistischen in das Reproduktionschema einer kommunistischen Gesellschaft zu verwandeln. Gesezt den Fall, die kapitalistische Produktion hätte ihr kapitalistisches Gepräge eingebüßt und das für sie typische Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital wäre aus der Wirtschaft verschwunden, so würde dies bedeuten, daß eine Gemeinwirtschaft die private Erwerbswirtschaft abgelöst und die arbeitende Gesamtheit unter ihrer Verfügungsgewalt die Verwaltung der Wirtschaftsmittel übernommen hätte. Der Teil des Mehrwerts, mit dem die arbeitenden Teile des Bürgertums bislang ihren Lebensbedarf bestritten und der als Entgelt für ihre Tätigkeit der Organisation und Leitung der Wirtschaft betrachtet werden kann, hat sich in einen Anteil an der gesellschaftlichen Lohnmasse verwandelt und unterscheidet sich grundsätzlich nicht mehr vom Arbeitslohn. Er ist, da wir die alten Bezeichnungen der Einfachheit und Verdeutlichung halber beibehalten, dem variablen Kapital zuzurechnen, während der für Luxus Zwecke verausgabte Teil des Mehrwerts als der Gesellschaft gehöriges Mehrprodukt anzusprechen ist. Das Schema der Reproduktion sieht also nunmehr folgendermaßen aus:

Gruppe I	4000 c + 1600 v + 400 m
Gruppe IIa	1600 c + 640 v + 160 m
Gruppe IIb	400 c + 160 v + 40 m

Die Verteilung unter den einzelnen Gruppen geht wie früher vor sich. Die 4000 c, 1600 v und 400 m der ersten Reihe erneuern das konstante Kapital in allen drei Gruppen. Die 640 v der zweiten Reihe tauschen sich in der gleichen Gruppe aus. Die 160 m der zweiten wechseln gegen die 160 v der dritten Reihe. Es bleiben übrig die 40 m der dritten Reihe, die nicht zum Austausch gelangen. Uebrig bleiben ferner die 400 c und 160 v derselben Abteilung, die zwar durch die 400 m der ersten und die 160 m der zweiten Gruppe ersetzt, aber nicht verausgabt werden. Das gesamte Mehrprodukt der Gesellschaft stellt sich dar in Erzeugnissen der letzten Gruppe, der Luxusproduktion.

Das vorstehende Schema läßt erkennen, daß eine kommunistische Wirtschaft zwar die kapitalistische Scheidung nach Unternehmern und Lohnarbeitern in der Wirtschaft, aber nicht die Differenzierung in der Gesellschaft aufhebt. Bei der Verteilung der gesellschaftlichen Lohnmasse ist nach wie vor Mannigfaltigkeit in der Lebensführung, Vielgliederung und Abstufung im Kulturgenuß möglich. Aber die kommunistische unterscheidet sich dabei von der kapitalistischen Gesellschaft in zwei grundsätzlichen Beziehungen. Ueber das Maß der Teilnahme an den Kulturgütern soll nicht mehr ererbter oder erworbener Besitz, nicht mehr das Vorrecht der Geburt und andere Privilegien entscheiden, sondern lediglich die Tüchtigkeit der Person. Ferner droffelt, nein erdroffelt die kommunistische Wirtschaft den bloßen Luxusverbrauch, um doch den vollen Reichtum und die ganze Fülle des Kulturlebens zu erhalten. Aber sie erdroffelt ihn nicht durch die spartakistischen Methoden des ungeseligen und die bolschewistischen Methoden des geseligen Raubes, sondern durch die Aenderung der Grundlage der Gesellschaft, d. h. durch die Umstellung der Produktion. Während sich die Gruppe Ia von der Gruppe Ib löst, um sich mit der Gruppe I eng zu verbinden, entsteht jene der kommunistischen Wirtschaft eigentümliche Teilung: Produktion des Existenzminimums in den Gruppen Ia und Ib, Produktion

des Ueberschusses in Gruppe II. Die Produktion des Existenzminimums geht dabei von der gegebenen Kulturhöhe aus, der sie sich schon deshalb anpassen muß, weil das Existenzminimum, zumal solange Kopf- und Handarbeit noch nicht einheitlich verschmolzen sind, mit der Art der Arbeit und des Berufes wechselt. Insofern behalten jene beiden Gruppen ihren Produktionscharakter im wesentlichen bei. Dagegen wird sich der Produktionscharakter der Gruppe II mit dem Fortschreiten der Umstellung nicht unerheblich ändern. Sie wird aufhören, in der Hauptsache Gegenstände des bloßen Luxus herzustellen und statt dessen jedem erreichbare gemeinnützige Dinge herzustellen, darauf bedacht, für alle die Behaglichkeit des Lebens zu erhöhen und nicht nur für einen kleinen Bruchteil der Gesellschaft.

Die kapitalistische Reproduktion verwandelt sich in eine kommunistische durch die Aufhebung der Klassen und die Zusammenfassung der Lohnarbeiterchaft und der arbeitenden Teile des Bürgertums zu einer geschlossenen gesellschaftlichen, zu einer gemeinwirtschaftlichen Einheit. Der politische Akt der Aufhebung der Klassen bildet also den springenden Punkt des Ganges. Dies leitet über zu der Frage, wie jene Gemeinwirtschaft entsteht, mit anderen Worten, wie sich die Revolution verhält zum Besitz in der kapitalistischen Gesellschaft.

Fortsetzung folgt.

Sei gefühllos!  
Ein leicht bewegtes Herz  
Ist ein elend Gut  
Auf der wankenden Erde.  
Goethe.

## Stimmen der Zeit.

In der Deutschen Zeitung (Nr. 420) schreibt Otto von Schilling:

„Offen sagen wir es heraus: Fände sich heute ein deutscher Mann, der den Schmachvertrag von Versailles in Fetzen riße, der die deutschen Volksgenossen aus unwürdiger Sklaverei befreite und der Deutschland wieder die Stellung gäbe, die ihm nach Recht und Gerechtigkeit zusteht, wir würden ihm zujauchzen und alles opfern an Gut und Blut. Ritte er mit schwarz-rot-goldener Fahne zu Felde oder wie er wollte: wir folgten ihm nach. Der Deutsche, der uns wieder frei

und ehrlich machen will, den fragen wir nicht nach Name und Art. Wir vertrauen und wissen, daß er kein Mann sein kann, der späterhin seine Volksgenossen knechten wird. In uns allen sähe er seine Brüder, und wir geben ihm dafür ein Vertrauen ohne Maßen und Bedenken. So stehen wir zur deutschen Republik!

Die Deutsche Handelsmacht, die Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, veröffentlicht (Nr. 35) einen Artikel von Hans B e c h l i n: Der Wille der nationalen Arbeitnehmerbewegung. Hier lesen wir:

Von Rechts wird höchst unbedacht und in der jetzigen Zeit höchst überflüssig die Frage der Staatsform immer wieder aufgerührt und damit der Hegarbeit auf der andern Seite dort willkommenes Material geboten, obgleich unser Volk wahrhaftig bringendere Dinge erleben muß, als den Streit um die Staatsform. Vorläufig handelt es sich einfach darum, ob wir am Leben bleiben oder nicht. Mit der Frage Monarchie oder Republik trifft man überhaupt nicht den Kern der Frage, wenigstens soweit die Arbeitnehmerbewegung in Betracht kommt. Hauptaufgabe für uns ist bei allen politischen Kämpfen um die Staatsform die, dafür zu sorgen, daß wir nicht wieder in das Untertanenverhältnis der Vorkriegszeit hineintrutschen. Eine plutokratische Republik mit der hemmungslosen Herrschaft einer Geldsacksozialgarchie ist für uns ebenso unmöglich, wie eine feudal-aristokratische Monarchie. Jeder Versuch, das deutsche Volk in diese oder eine andere Zwangsjacke zu spannen, muß mit Naturnotwendigkeit zu neuen gewaltsamen inneren Auseinandersetzungen führen und ist deswegen sofort entschieden abzuwehren.

## Notizen.

Die Fichte-Gesellschaft e. V., Hamburg, welche die Erziehung des Deutschen zum Volk, d. h. zur kulturellen, wirtschaftlichen, politischen Freiheit erstrebt, hielt ihre 3. Reichs-Fichte-Tagung vom 8.—11. Okt. in Leipzig ab. Sie hat über Partei- und Klassengegensätze hinweg eine machtvolle Kulturbewegung des Deutschlands entfacht und will ihre Arbeit im Geiste Fichtes, des Redners an die deutsche Nation, leisten.

Die Fichte-Hochschule Hamburg nimmt in diesem Winterhalbjahr ihre gewohnte Arbeit wieder auf. Volkshochschulen deutscher Art sind keine Fortbildungsschulen, gehen auch nicht vom Nützlichkeitsstandpunkt aus und sind in keiner Weise parteipolitisch eingestellt. Ihr Ziel liegt höher, es geht auf das, was Goethe „Volkheit“ genannt hat. Sich hineinzuarbeiten und hineinleben in alles, was deutsches Volkstum umschließt, hineinzuwachsen in den Zusammenhang unserer Geschichte und Kultur, darauf kommt es an — nicht um das Wissen zu mehren, sondern den Charakter zu bilden.

Der Arbeitsplan bietet wieder eine reiche Fülle wertvoller Arbeitsgemeinschaften und Vorkursarbeiten aus Philosophie, Geschichte, Schrifttum, Religion, Kunst, Volkswirtschaft, Körperkultur. Wahl des Stoffes und Durchführung des Arbeitsplanes erfolgt unter dem leitenden Gesichtspunkt: — Enge Fühlung zwischen Lehrern und Hörern durch kleine Arbeitskreise; gemeinsame Erarbeitung des Stoffes ist Grundlag.

Der 1921 erschienenen Lehrplan 1921/22 ist durch die Geschäftsstelle der Fichte-Gesellschaft, Hamburg 36, Holstenwall 2, Postfach 124, gegen 1.25 Mk. zu beziehen.

Spekulanten und Wucherer müssen endlich fest beim Kragen gepackt werden. Wer mit der Not des Volkes gewissenlos Geschäfte machen will, um seinerseits ein Prasserleben zu führen, muß für alle Zeiten gebrandmarkt werden. Wir wollen nicht länger zusehen, daß von einzelnen Bevölkerungsklassen schamloser Luxus getrieben wird in einer Zeit, da das deutsche Volk vor dem finanziellen Zusammenbruch steht. Hunde, die bei Tollwutgefahr ohne Maulkorb umherlaufen, werden vom Hundefänger eingefangen und eingesperrt. Man sollte sich endlich einmal dazu aufraffen, um auf den Straßen rücksichtslos alle Modedämchen mit ihren Brillantringen und Luxuskleidern abzufangen, den ganzen Tand zu konfiszieren, und sie in Arbeitskleidung des werktätigen Volkes wieder auf die Straße zu setzen. Das würde sicher wirken und dem Luxusverbrauch würde bald gebremst. Eine solche Razzia in den Bädern in diesem Sommer hätte mehr eingebracht, als manche Steuer, die uns schwer drückt.

Bei Wilhelm Raabes 90. Geburtstage wird man hier und da in den kleinen Kreisen, die ihn kennen, seiner gedacht haben. Die große Masse ist achlos daran vorübergegangen. Wir wollen dieses widerborstige Wesen von Volk beim Schopf fassen und mit der Nase auf Raabes Werke stoßen, sagt Dr. Stapel, der Herausgeber der in Hamburg erscheinenden Monatschrift „Deutsches Volkstum“ zur Begründung seines soeben erschienenen Raabe-Sonderheftes (Hanseatic Verlagsanstalt A.-G. Hamburg), „ein Mensch, der nicht den Abu Teflan und Schüdderump, die alten Meister und so manches andere von Wilhelm Raabe kennt, darf nicht mitreden und wird auch nicht völlig mit der gegenwärtigen und nächst zukünftigen Zeit fertig werden.“ Es dürfte bekannt sein, daß das Deutsche Volkstum in Verbindung mit der Fichte-Gesellschaft auch sonst dem Glauben an eine bessere deutsche Zukunft durch gründliche volkserzieherische Arbeit dient. Aufklärende Schriften werden kostenlos durch das Arbeitsamt der Fichte-Gesellschaft, Hamburg 36, Postfach 124, versandt.

## Eingelaufene Schriften:

„Kultur, Politik ihre Dienerin“. Heft II von „Das Wollen der neueren Jugend“. Eine Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Zeit, herausgegeben von Dr. Harald Schultz-Hendek. (Verlag von F. A. Perthes A.-G. Gotha, 1921.)

Adolf Biedermann: „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ultimatus und die Gewerkschaften“. Hamburg 1921 (Tuer & Co.). Preis 2 Mk.



**Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V.  
Sitz Hamburg.**

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg,  
Altrahlftebt bei Hamburg, oder an den Schriftföhrer: Fritz Wolffheim, Hamburg, Saffel-  
brookstraße 18, I. Etg.

---

**Bund der Kommunisten, Hamburg.**

Zusammenkunft an jedem ersten Montag des Monats bei Planeth,  
Michaelisstraße.

---

**An die Abonnenten des „Volkswart“!**

Mit dieser Ausgabe erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 80.  
Wir bitten deshalb alle Bestieher, die Abonnementsgeböhre von M. 6.— für das kommende Quartal  
direkt an den Verlag zu senden, Abonnements durch die Post kommen vorläufig nicht in Frage.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten  
den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

Alle für die Redaktion des „Volkswart“ bestimmten Sendungen wolle man an die folgende Adresse  
richten: Dr. H. Laufenberg, Altrahlftebt bei Hamburg.

Redaktion und Verlag des „Volkswart“.

---

Verantwortlicher Schriftföhler: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahlftebt.

Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 80.

Druck: Heinr. Rock, Altrahlftebt.

# Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und  
revolutionäre Außenpolitik

---

Erster Jahrgang

Nr. 6 vom 30. Oktober

1921

---

**Inhalt:**

Oberschlesien eine deutsche Lebensfrage.

Kaiser Karls Heerfahrt.

Kapp, Winnig, Ludendorff — die Anstifter des  
Kapp-Putsches.

Der Herr Senator.

Bei wem lag im November 1918 die Entscheidung.

---

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

---

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem  
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

---

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.